

Malta

Heinz-Jürgen Axt

Früher ging die sozialistische Labour Party (MLP) davon aus, dass sich der EU-Beitritt Malts als wirtschaftliches Desaster gestalte.¹ Gut zwei Jahre nach erfolgtem EU-Beitritt haben aber auch die Sozialisten mit der EU ihren Frieden geschlossen. Die Konvergenz der Parteien spiegelt die Haltung der Bevölkerung wider: Ein Jahr nach dem EU-Beitritt hat die „Sunday Times of Malta“ danach gefragt, wie die Bürger die Mitgliedschaft bewerten. Danach sahen 65 Prozent spontan positive Ergebnisse. Allerdings sprachen nur 52,7 Prozent davon, dass der EU-Beitritt langfristig die beste Option für Malta gewesen sei.² Nach der letzten Umfrage von Eurobarometer vom Herbst 2006 haben sich 45 Prozent positiv zur Mitgliedschaft Malts in der EU geäußert, während sich die gegenteilige Ansicht von 18 auf 15 Prozent verringert hat. Dass Malta aus der EU-Mitgliedschaft Vorteile entstanden sind, wollten 58 Prozent der Befragten bestätigen. Gegenteilig äußerten sich 28 Prozent. Damit hatten sich gegenüber dem Herbst 2001 die positiven Voten um 14 Prozent erhöht, während die Negativvoten um 10 Prozent sanken. Für den Beitritt zur Währungsunion sprachen sich 55 Prozent und 30 Prozent dagegen aus. Dass der europäische Binnenmarkt die internationale Wettbewerbsfähigkeit Malts erhöht habe, davon war die Hälfte der Befragten überzeugt. Allerdings gingen 51 Prozent auch davon aus, dass sich durch die EU-Mitgliedschaft die Arbeitslosigkeit erhöht habe. Der politischen Integration standen 63 Prozent positiv gegenüber und für den Verfassungsvertrag sprachen sich 60 aus. Während die Haltung zur EU-Erweiterung eher positiv war, galt dies für den Beitrittskandidaten Türkei nicht. 59 Prozent äußerten sich negativ. Aufschlussreich auch die Haltung gegenüber dem eigenen politischen System und dessen Akteuren: Nur 43 Prozent hatten Vertrauen in die eigene Regierung, wobei die traditionelle politische Polarisierung wiederum sichtbar wurde. Personen, die sich selbst als rechts einordneten, vertrauten der (christdemokratischen) Regierung der Partit Nazzjonalista (PN) zu 84 Prozent, während linksorientierte Malteser dies nur zu 17 Prozent taten. Dass die katholische Kirche in Malta noch immer eine bedeutsame Institution ist, zeigte sich daran, dass 70 Prozent der Befragten ihr ein hohes Maß an Vertrauen entgegenbringen. Im Durchschnitt der EU beläuft sich dieser Wert auf 44 Prozent. Gestützt wird diese Haltung durch die Tatsache, dass Malta die höchste Kirchgängerquote in Europa aufweist.³ Allerdings sind auch 70 Prozent der Malteser der Ansicht, dass der Einfluss der Religion in der Gesellschaft zu stark sei. Schließlich wird die Immigration als das bedeutsamste politische Problem erkannt. 45 Prozent sahen darin die wichtigste Herausforderung.⁴

2005 zählte man auf Malta 1.822 Landungen von Migrantinnen, von denen 1.199 Asyl beantragten. 2006 wurden 1.100 Asylanträge gestellt. Von diesen wurden lediglich 28 als Flüchtlinge akzeptiert, 522 Personen wurde ein zeitlicher begrenzter Schutz gewährt, wäh-

1 Siehe hierzu den Beitrag zu Malta in Weidenfeld, Werner/Wolfgang Wessels (Hrsg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration 2005*, Bonn 2005.

2 The Sunday Times of Malta, 01.05.2005, <http://www.timesofmalta.com/core/index.php>.

3 Vgl. Malta Today, 16.04.2006, <http://www.maltatoday.com.mt/>.

4 Vgl. European Commission: Eurobarometer 66, Autumn 2006. National Report Malta, Executive Summary, http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb66/eb66_mt_nat.pdf.

rend 637 nicht als Flüchtlinge anerkannt wurden. Die relativ hohe Zahl an zeitlich begrenztem Schutz wird auf die Intervention des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) zurückgeführt, der sich gegen eine Rückführung in unsichere Staaten wie z.B. Libyen ausspricht. Kommissar Franco Frattini hat die besonderen Nöte Maltas bereits erkannt, er plädiert für permanente Patrouillen im Mittelmeer durch die EU.⁵ Malta fühlt sich aber bei diesem Problem von der EU nicht hinreichend unterstützt.⁶ Hier kommt eine zentrale Aufgabe auf die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen (FRONTEX) zu. Nach Verordnung (EG) Nr. 2007/2004 des Rates vom 26.10.2004 zielt die Politik der EU „auf einen integrierten Grenzschutz ab, der ein einheitliches und hohes Kontroll- und Überwachungsniveau gewährleistet... Zu diesem Zweck ist die Festlegung gemeinsamer Vorschriften über Standards und Verfahren für die Kontrolle der Außengrenzen vorgesehen.“⁷ Ab Mai 2007 soll das „European Patrols Network“ (EPN) an den Südgrenzen der EU seine Arbeit aufnehmen.⁸ Ein Problem ganz anderer Art stößt bei den Maltesern auf Unverständnis: Die EU hat beschlossen, dass nicht alle Rechtsakte auf Maltesisch übersetzt werden. Auch gut zwei Jahre nach erfolgtem EU-Beitritt mangelt es noch immer an einer ausreichenden Zahl von Übersetzern für die maltesische Sprache. Nur 30 Übersetzer stehen der Europäischen Kommission zur Verfügung, die Kommission braucht aber 65 für jede neue Sprache. Das gilt auch für Dolmetscher. Mittlerweile hat die Universität von Malta zwar einen Postgraduierten-Studiengang eingerichtet, doch ist die Nachfrage nur mäßig und scheuen sich auch viele Absolventen, die Insel zu verlassen.⁹

Am 27.02.2007 beantragte Malta den Beitritt zum Euro-Währungsraum. Galten der Stand der Staatsschuld im Dezember 2006 mit über 60 Prozent und die Inflation mit 3,1 Prozent noch als kritisch,¹⁰ so konnte die Europäische Kommission in ihrem Bericht vom 16.05.2007 feststellen: Durch die Änderung des maltesischen Zentralbankgesetzes wurden die Anforderungen des EG-Vertrags und der ESZB-Satzung erfüllt. Mit einer Inflationsrate von 2,1 Prozent lag Malta unter dem Referenzwert von 3,0 Prozent und erfüllte damit das Kriterium der Preisstabilität. Das Haushaltsdefizit unterschritt mit 2,1 Prozent den Richtwert von 3,0 Prozent des BIP. Die öffentliche Schuldenquote, so die Kommission, entwickle sich „in zufriedenstellendem Tempo in Richtung des Referenzwerts von 60 Prozent des BIP.“ Weil Malta seit 2005 am Wechselkursmechanismus teilnimmt, konnte auch dieses Kriterium erfüllt werden. Und schließlich lagen die langfristigen Zinssätze mit 4,3 Prozent unter dem Referenzwert von 6,4 Prozent. Mithin schlussfolgerte die Kommission, erfülle Malta die Voraussetzungen zur Übernahme des Euro.¹¹

Weiterführende Literatur

Pace, Roderick: Malta and EU Membership: Overcoming „Vulnerabilities“, Strengthening „Resilience“, in: European Integration, 28 (2006) 1, S. 33-49.

5 Vgl. The Malta Independent, 18.02.2007, <http://www.independent.com.mt/>.

6 Vgl. Malta Today, 30.04.2006, <http://www.maltatoday.com.mt/>.

7 Vgl. Verordnung (EG) Nr. 2007/2004 des Rates vom 26.10.2004 zur Errichtung einer Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

8 Vgl. European Patrols Network and Centralised Record of Available Technical Equipment to be presented at tomorrow's JHA Council, http://www.frontex.europa.eu/newsroom/news_releases/art23.html.

9 Vgl. Malta Today, 30.04.2006, <http://www.maltatoday.com.mt/>. Zum Übersetzerproblem vgl. auch „Malta“ in Weidenfeld, Werner/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2004, Bonn 2004.

10 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01.03.2007, S. 13.

11 Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Bericht der Kommission. Konvergenzbericht 2007 zu Malta (erstellt gemäß Artikel 122 EG-Vertrag auf Antrag Maltas), KOM(2007) 258 endg., Brüssel 16.05.2007, http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/2007/com2007_258_de.pdf.